
Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR*

Gunhild Korfes

Humboldt-Universität Berlin

Der Beitrag behandelt das Problem, warum rechtsextreme Tendenzen in den neuen Bundesländern vor allem unter den Jugendlichen zum Tragen kommen. Dazu werden die Problemlagen eines Teils der Jugendlichen und die Herausbildung rechtsextremer Strömungen in der DDR in der Zeit vor und nach der Wende analysiert. Angesichts der Tatsache, daß der massenhafte Zulauf von Jugendlichen der Altersgruppe der 14- bis 18jährigen zum rechtsextremen Parteienumfeld in der Zeit nach der Wende anhält, orientiert die Untersuchung auf die Frage, wieweit Ursachen für die Identifikation mit rechtsextremen Leitbildern aus der konflikthaften Sozialisation dieser Generation und der andauernden krisenhaften Suche nach soziokultureller und politischer Identität zu erklären sind.

In den neuen fünf Bundesländern existieren heute zahlreiche rechtsextreme Parteien. Ihre Gründung setzte kurz nach der Wende in der DDR im Januar 1990 ein. Die Mitglieder dieser Parteien sind zum großen Teil Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren.¹ Die Akteure dieser Parteienbildung gehörten vor der Wende zu der auf ca. 1500 geschätzten Zahl des „harten Kerns“ rechtsextremer Jugendlicher in der DDR.² Warum kommen rechtsextreme Tendenzen in den neuen Bundesländern vor allem unter Jugendlichen zum Tragen? In diesem Beitrag soll versucht werden, die Problemlagen eines Teils der Jugendlichen und die Herausbildung rechtsextremer Strömungen in der DDR der 80er Jahre zu analysieren. Überlegungen zur Frage, welche Faktoren den ohne Zweifel vorhandenen Zustrom Jugendlicher zu diesem politischen Spektrum in der gegenwärtigen Umbruchssituation verstärken, schließen sich an.

M. E. muß bei der Untersuchung der Konstituierung einer rechtsextremen Strömung im Osten Deutschlands die Entwicklung vor und nach der Wende grundlegend voneinander unterschieden werden. Handelt es sich doch um eine schnelle Veränderung des komplexen Bedingungsgefüges, sowohl der gesellschaftlichen Existenzgrundlagen und der Mechanismen sozialer Kontrolle als auch der subjektiven Momente, der Einstellungen und Orientierungen der Jugendlichen selber. Wieweit diese Veränderungen mit dem Begriff des „sozialen Wandels“ adäquat charakterisiert und Modernisierungsprozesse zur Erklärung herangezogen werden können, ist eine noch offene Frage.

Die empirische Basis für die folgende Analyse bilden Interviews, die mit Akteuren der heutigen rechtsextremen Bewegung durchgeführt wurden.

Anliegen der Interviews war es, die Biographien dieser Jugendlichen in ihren sozialen Konfliktlagen in den 80er Jahren zu rekonstruieren und ihre gegenwärtige soziale Situation und politische Entwicklung festzuhalten. In die Analyse werden ebenfalls inzwischen erschienene Publikationen, soweit sie sich mit dem Entstehen rechtsextremer Strömungen in der DDR vor der Wende befassen, einbezogen. Dabei sind vor allem Dokumentationen der „Arbeitsgruppe zur Bekämpfung rechtsradikal motivierter Kriminalität und Selbstjustiz“ beim Ministerium für Innere Angelegenheiten der DDR eine wichtige Quelle. Ihre Verwendung ist für die soziologische Analyse allerdings nur eingeschränkt möglich. Viele der dort angesprochenen Sachverhalte, wie z. B. die Einschätzung der politischen Motivation der Jugendlichen oder zum Organisationsgrad rechtsextremer Gruppen, sind unter kriminalpolizeilichem und strafrechtlichem Aspekt definiert. Dennoch wird dieses Material in die Analyse rechtsextremistischer Strömungen einbezogen, da es die zur Zeit einzig erreichbare Quelle darstellt, die sich auf die Untersuchung von relevanten Entwicklungen vor der Wende stützt.

I. Die Entstehung einer rechten Jugendkultur

Die Herausbildung einer rechtsextremen Strömung in der DDR kann man grob in zwei Phasen unterteilen: die Herausbildung einer rechten Jugendkultur in der ersten Hälfte der 80er Jahre und der Beginn einer politisch motivierten rechtsextremen Bewegung in der Zeit nach 1986/87.

Anfang der 80er Jahre entsteht innerhalb eines relativ breiten Spektrums jugendlicher Subkulturen in der DDR auch eine rechte Jugendkultur: die Skinheads. Die Mitglieder dieser noch neuen Gruppierung waren vorher teilweise Punks, New Romantics oder Fußballfans. Es waren ältere Schüler oder Lehrlinge, die nun den Kern der Skinheads bildeten. Von Anfang an waren es männliche Jugendliche, die sich von dieser jugendkulturellen Gruppierung angezogen fühlten.³

In dieser Phase, die bis ca. 1986 andauert, ist es m. E. kaum möglich, von einer rechtsextremen Strömung zu sprechen. Für die überwiegende Zahl dieser Jugendlichen scheint das lediglich der Einstieg in eine Jugendkultur gewesen zu sein, die ebenso wie andere als Ausdruck für Andersseinwollen steht, die Identifikation mit einer bestimmten Musik- und Stilrichtung ausdrückt. Die Jugendlichen, die diese Entwicklung erlebten, schildern das wie folgt:

„Ich habe einfach keinen Bock mehr gehabt. Schule war für mich erledigt, war aus. Das hat mich alles nicht mehr interessiert. Die aufgezwungene rote Erziehung z. B., was in den Schulengepredigt wurde vom Sozialismus, wie er sein muß. Wie du dich einzuordnen hast. Das hat mich alles irgendwo angestunken. Ich wollte mich nirgendwo einordnen lassen. Ich war damals in der Punkszene gewesen. Das waren damals ja keine Linken. Das waren einfach alles Leute, die Null-Bock hatten.“

„Wir waren vorher alle ganz normal, ehrlich. Jeder ist rumgerannt, wie er wollte. Erst habe ich Haare hoch gehabt, dann habe ich Popperscheitel gehabt und dann hab ich einen Seitenscheitel gehabt. Ich habe das alles zu Anfang nur modemäßig mitgemacht. Auch bei den Skins. Das war damals nicht so extrem verbreitet

gewesen, aber das war was, was nicht jeder ist, das war eben sauber, gepflegt und nicht irgendwie dreckig.“

Wesentliche Motive für die Zugehörigkeit zu den Skinheads waren die mit dieser Jugendkultur verbundene Symbolik, wie Stärke, Männlichkeit und Kameradschaftsgeist. In Verbindung mit dem dazugehörigen Mode- und Musikstil waren dies Momente, durch die Gruppenidentität und -zusammenhalt gefördert und die Abgrenzung von der Umwelt und anderen Jugendgruppen dokumentiert wurde. Nicht zuletzt versicherte man sich durch den Einsatz von Gewalt vor allem gegen andere Jugendgruppen der eigenen Stärke. Im Laufe der Entwicklung wurden darüberhinaus auch AusländerInnen, Homosexuelle und partiell auch Funktionsträger im Partei- und Sicherheitsapparat zu bevorzugten „Opfergruppen“.

Unklar ist, ob bereits von Anfang an eindeutig rechtsextreme Denkinhalte das Selbstverständnis der Skinheads charakterisierte und ihre Aktionen orientierte. Nach Einschätzung des Landesverbandes des BDK für die neuen Bundesländer traten seit 1981 „ . . . innerhalb informeller Gruppierungen junger Menschen, sowohl im Bereich gewalttätigen Fußballanhangs, von Punk-, heavy metal und anderer subkultureller Spektren personale Träger nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologiemomente in Erscheinung“ (BDK-Tagung 1990, S. 27).

In den von mir durchgeführten Interviews mit Skinheads zeichnet sich eine solche Haltung zu Beginn der 80er Jahre noch nicht so scharf ab. Zwei Aspekte wurden von den Befragten in bezug auf diese Phase hervorgehoben: einmal die Ablehnung all dessen, was links ist, und zum anderen das Aufgreifen von Themen, die mit der deutschen Spaltung zusammenhängen, wie Reisefreiheit, die Beseitigung der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung.⁴

„Auf eine linke Seite hatte keiner damals mehr Lust gehabt. Das hatten wir ja jahrelang alles praktiziert gekriegt. Nach der SED war die FDJ die linkeste Organisation, die existiert hat. Und da hat keiner mehr Lust drauf gehabt. Da kam dann automatisch irgendwann der Rechtsruck.“

„Naja, also damals war'n wir ziemlich jung. Erstmals das wichtigste war eben Reisefreiheit . . . Und wirklich Deutschland, eben 'ne Wiedervereinigung von Deutschland. Das war'n so die beiden Punkte, die wir damals echt im Kopf hatten. Weiter haben wir damals noch nicht gedacht.“

Hier wird die Motivation der Jugendlichen zum Einstieg in eine Subkultur deutlich: die Ablehnung der fremdbestimmten Integration in erstarrte gesellschaftliche Strukturen. Diese Gegenreaktion hatte ihre Ursache vor allem in einer politischen Sozialisation, deren Inhalte in wachsendem Maße dem lebensweltlichen Erfahrungs- und Erlebnisbereich konträr waren, und die – da staatlich monopolisiert – den Jugendlichen soziale Räume zur Konfliktaustragung und selbstbestimmten Aktion verweigerte.

Die daraus resultierende „Null-Bock“-Stimmung wurde in der Altersphase zwischen 16 und 18 Jahren noch verstärkt durch eine starke Abhängigkeit der beruflichen Entwicklung von staatlichen Planungs- und Verteilungsmechanismen, die bei Garantie von Ausbildungs- und Arbeits-

platz die Möglichkeit einer interessenadäquaten Berufswahl mehr und mehr beschnitten. Die Folge war, daß viele der Jugendlichen eine Berufsausbildung absolvierten, die ihren Vorstellungen und Wünschen nicht entsprach.⁵ Desinteresse, Leistungsverweigerung und Disziplinlosigkeit zeigten die Folgen.

In dieser Kluft zwischen politischer Selbstdarstellung des Staates, zentralistischer Beschneidung von selbstbestimmten Räumen der beruflichen und politischen Sozialisation und den alltagsweltlichen Erfahrungen mit einer stagnierenden Wirtschafts- und Versorgungslage verstärkten sich generell die Krisensymptome unter den Jugendlichen. Die Zunahme von Subkulturbildungen war dafür ebenso ein Symptom wie die um sich greifende Motivations- und Orientierungslosigkeit unter der Jugend.

II. Staatliche Kontrolle und rechtsradikale Politisierung der Jugendbewegung

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre manifestieren sich die Anzeichen einer krisenhaften Entwicklung vor allem der jungen Generation. Es kommt zu einer allgemeinen Politisierung der Jugendkulturen, dabei auch der der Skinheads. Der Staat DDR, seine zentralistische und politisch-autoritäre Führung wird m. E. in diesem Prozeß zu einer unmittelbaren Ursache, da die Krisensymptome in der gesellschaftlichen Entwicklung ignoriert und notwendiger sozialer Wandel verhindert wird. Das „Sicherheitsbedürfnis“ des Staates bestimmt die Art und Weise der Reaktion auf die Krisensymptome in der Gesellschaft. So wurden auch die sozialen Konfliktlagen der Jugendlichen schlichtweg negiert und ihre Erscheinungsformen als durch „den Westen“ hereingetragen interpretiert. Die staatlichen Steuerungsmechanismen orientierten vor allem auf die „Zurückdrängung“ der jugendlichen Subkulturen und waren in starkem Maße mit rigider sozialer Kontrolle ihrer Anhänger verbunden.

In diesem krisenhaften gesellschaftlichen Kontext forciert sich auch die Übernahme rechtsextremer Orientierungen innerhalb der rechten Jugendkultur. So beginnt spätestens 1986/87 eine Entwicklung, in deren Verlauf aus der jugendlichen Protestkultur heraus Gruppierungen entstehen, die den Kern einer politisch motivierten rechtsextremen Bewegung bilden. Diese Gruppierungen bezeichnen sich selber als Naziskins und Faschos. Die politischen Orientierungen ihrer Mitglieder sind durch die Übernahme neofaschistischer Ideologiefragmente charakterisiert. Verbunden mit dem Streben nach Aufbau organisierter Gruppen, verzichteten diese Jugendlichen zumeist auf ein auffälliges Äußeres und entwickelten eine hohe Gruppendisziplin und konspirative Verhaltensformen. Laut Bericht des Landesverbandes der neuen Bundesländer des BDK waren diese Gruppen in territorialer und organisatorischer Hinsicht differenziert (BDK-Tagung 1990, S. 28). Soweit Probanden zur Frage der Organisationsbildung befragt werden konnten, erfolgte die Angabe, daß

diese Gruppen einen Umfang von 6 bis 12 Personen hatten und außerordentlich kurzlebig waren.

„Meistens hat so eine Organisation vier Wochen existiert. Dann wurde das durch die Stasi zerschlagen. Die waren ja ziemlich helle in dieser Beziehung, die wußten ja, wo was kocht. Dann wurde das zerschlagen und alle haben gegessen.“

Obwohl diese Angabe sicher einen typischen Sachverhalt widerspiegelt, scheinen andere Gruppen dennoch langlebiger existiert zu haben. Eine solche Langlebigkeit wäre Voraussetzung für die Ausbildung von Netzwerkstrukturen, über die Informationen regelmäßig transportiert und koordinierte Aktionen geplant werden können.⁶ Während in den von mir geführten Interviews mit Hinweis auf die schnelle Zerschlagung solcher Gruppen die Existenz von Netzwerken verneint wurde, verweist der bereits zitierte Bericht des BDK auf Kontaktbeziehung derartiger Gruppierungen zu rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik und Berlin-West und in Ungarn (BDK-Tagung 1990, S. 28).

Als Beispiel sei hier eine Gruppe genannt, die von Jugendlichen 1988 unter der Bezeichnung „Bewegung 30. Januar“ gebildet wurde. An dieser Organisationsbildung waren vor allem Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren beteiligt, die sich überwiegend aus einem Freundeskreis eines Berliner Wohngebiets rekrutierten.⁷ Diese Gruppe, die schon zwei Jahre vorher versucht hatte, eine „Lichtenberger Aktionsfront“ zu gründen, stellte sich vor allem das Ziel der deutschen Wiedervereinigung und des Kampfes gegen Ausländer und gegen die Ausbreitung eines „undeutschen Lebensstils“, wie er ihnen in den Jugendkulturen der Punks und Grufties verkörpert schien. Die Gruppe „30. Januar“ richtete eine gemeinsame Kasse ein und war bemüht, eine eigene Zeitung herauszugeben. Bald nach ihrer Gründung wurden etliche ihrer Mitglieder verhaftet.⁸

Derartige Gruppen arbeiteten laut Bericht des BDK streng konspirativ und verfügten über ein breites Netzwerk, das dem Informationsaustausch und der Vorbereitung gemeinsamer Aktionen diente. Zwischen den Gruppen agierten Verbindungspersonen. Die Kontakte zum breiten Umfeld, zu den Skins und zum radikalen Fußballanhang, waren wahrscheinlich durch persönliche Beziehungen leicht aufrechtzuerhalten, da sie aus der gemeinsamen Herkunft im Spektrum der rechten Jugendkultur resultierten.⁹ Diese Informationsstrukturen haben sich im rechten Spektrum offensichtlich relativ spontan herausgebildet. Ein Proband schildert das wie folgt:

„Es gab schon eine gewisse Organisation. Aber das war im Prinzip alles spontan. Das ist aus der Not der Tugend heraus entstanden. Denn wer Skinhead war, der konnte eben bloß dahin gehen, wo Skinheads sind. Und da hat schon eine gewisse Organisation geherrscht. Dann wurde eben gesagt, wir fahren dahin, wir machen das und das. So über Mundpropaganda.“

Da man sich anlässlich von Fußballspielen überall in der DDR traf, dürfte die Weitergabe von Informationen und das Herstellen DDR-weiter Kontakte auch außerhalb organisierter Gruppen und Netzwerke relativ problemlos verlaufen sein. Es ist anzunehmen, daß konspirativ tätige

Gruppen diese spontanen Strukturen nutzten. Obwohl sich viele Skinheads dagegen wehren, aufgrund ihres Äußeren als „Nazis“ bewertet zu werden, scheint festzustehen, daß in bezug auf die Solidarität im Falle einer gemeinsamen Aktion (Überfall von anderen Gruppen etc.) die Differenzierung zwischen den verschiedenen Gruppierungen zurücktrat.¹⁰ Wieweit allerdings die jeweiligen Aktionen spontan durchgeführt oder geplant waren, ist heute schwer zu rekonstruieren. Es handelte sich dabei um gewalttätige, überfallartig durchgeführte Aktionen auf die obengenannten Opfergruppen. Sie wurden häufig im Umfeld von Jugendclubs, in Verkehrsmitteln u.a.m. durchgeführt, d.h. zumeist im öffentlichen Raum. Im Oktober 1987 überfiel eine Gruppe von Skinheads ein Punkkonzert, das in der Ostberliner Zionskirche stattfand. Da etliche BürgerInnen Augenzeugen dieses Überfalls waren, war die Öffentlichkeit diesmal alarmiert. Das Thema Skinheads mußte erstmalig auch in der Presse erwähnt werden.

Dieser Überfall hatte Konsequenzen: durch das öffentliche Bekanntwerden gewalttätiger Jugendgruppen, die mit rechtsextremen Parolen auftraten, mußte die DDR das Vorhandensein entsprechender Orientierungen unter der Jugend eingestehen. Auch wenn man es mit der Begründung, diese Jugendlichen seien vom „Westen verhetzt“, als äußeres Problem kennzeichnen wollte, bedurfte es doch einer eindeutigen Reaktion des Staates, um die Bürger und das Ausland von der konsequenten Bekämpfung jeglichen rechtsextremen Denkens und Handelns zu überzeugen. Letzteres vor allem scheint ein gewichtiger Grund für die nun einsetzenden Strafverfolgungen in diesem Fall wie auch in nachfolgenden Fällen gewesen zu sein.

Als im März 1988 eine Gruppe von Jugendlichen einen der jüdischen Friedhöfe in Ostberlin verwüstet, wird darüber ausführlich berichtet. Über die Hintergründe einer derartigen Berichterstattung vermuten die Autoren des Buches „Rechtsradikale in Deutschland“: „Offensichtlich wollte die DDR-Regierung die mit dem Jewish Claims Committee über Wiedergutmachungsleistungen verhandelte und im Gegenzug amerikanische Wirtschaftshilfe erwartete, vor der Weltöffentlichkeit demonstrieren, daß sie jedes Aufkeimen von Antisemitismus mit Härte verhindern würde“ (Assheuer 1990, S. 104).

Die Gruppen scheinen in der Regel nicht allzu lange existiert zu haben. Ihre Mitglieder wurden ebenso wie viele Jugendliche des mehr informellen Umfeldes (die sogen. Deutschland-Skins) häufig verhaftet: erstere vor allem wegen politischer Straftatbestände wie Öffentliche Herabwürdigung, Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole usw., letztere nach rowdyhaften Aktionen, die mit Sachbeschädigung und Körperverletzungen einhergingen.

Diese Vorgehensweise, die offensichtlich mit Rücksicht auf internationale Interessen der DDR und mit dem Ziel der Abschreckung nach innen zunehmend verfolgt wurde, schlug sich nieder in einer ständig steigenden Zahl von Strafverfahren gegen Skinheads. So fanden zwischen November

1987 und Juli 1988 mindestens neun Prozesse gegen jeweils mehrere Jugendliche statt. Die Zahl derartiger Strafverfahren stieg 1988 bereits auf insgesamt 44 und erreichte in den ersten elf Monaten dieses Jahres 89 die Zahl von 144 (Sozialreport '90, S. 342).

Die forcierte Bekämpfung der rechtsextremen Strömung und der rechten Jugendkultur mit strafrechtlichen Mitteln ging einher mit einer zunehmenden Verschärfung sozialer Kontrolle. Die Jugendlichen wurden offensichtlich, soweit dies schon hinreichend rekonstruierbar ist, durch ein relativ komplexes Zusammenwirken von Schule oder Berufsschule, Polizei, Staatssicherheit bis hin zur Jugendhilfe kontrolliert, ohne daß zugleich Angebote an Jugendarbeit unterbreitet oder gar eine Analyse der Ursachen solcherart Protestverhaltens angezielt wurde. Viele der Jugendlichen oder ganze Gruppierungen erhielten Besuchsverbot in Jugendfreizeiteinrichtungen, einzelne durften bestimmte Territorien nicht mehr betreten u.v.a.m.

Dieser Prozeß gestaltete sich allerdings widersprüchlich. Teilweise scheinen durch Skinheads verursachte Delikte nicht zur Anklage gelangt zu sein, da die zuständigen Polizeiinstanzen die Anzeige nicht annahmen. Dieser Sachverhalt wird ergänzt durch eine von vielen Punks und Grufties berichtete Erscheinung, daß sich die Polizei bei Überfällen von Skinheads auf Angehörige ihrer Gruppen passiv verhielt und ihnen, den Opfern, aktive Hilfe verweigerten. Für dieses Verhalten der Polizei dürfte das Motiv verantwortlich sein, entsprechend der angewiesenen „Nichtexistenz“ rechtsextremer Strömungen, derartige Vorkommnisse zu verschleiern. Zugleich ist es auch ein deutlicher Hinweis darauf, daß die unter einigen Angehörigen der Sicherheitsorgane verbreitete autoritäre Einstellung zur Abneigung gegen Punks und Grufties und damit zur zumindest passiven Solidarisierung mit den Skinheads führte.

In der von mir durchgeführten Untersuchung wurde sichtbar, daß Kontroll- und Bestrafungsprozesse in den Biographien der Jugendlichen Spuren hinterlassen haben und die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen offensichtlich nicht unwesentlich förderten. Es gibt noch keine repräsentative Erhebung zu Sozialisationsverlauf und -brüchen, doch scheint die Erhebung, die ich selber durchführte, diesbezüglich aussagekräftig: von insgesamt 55 Probanden waren über ein Drittel ohne berufliche Qualifikation. Die Tatsache, daß diese Jugendlichen bereits mehrmals zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden waren, erklärt diesen hohen Anteil Ungelernter. Ihr beruflicher Ausbildungsprozeß wurde dadurch mehrfach unterbrochen.

Diese Form restriktiver Einwirkung wurde von den Jugendlichen erfahren als Bedrohung der eigenen Lebensperspektive durch das Ausgeliefertsein an staatliche Gewalt. Der Gruppenzusammenhang und die mit einer rechten Jugendkultur verbundenen Gruppenideologie führten dazu, daß mit dieser repressiven Kontroll-Strategie verstärkt wurde, was eigentlich

verhindert werden sollte: die rechtsextreme Überzeugung festigte sich und wurde mit politischen Zielsetzungen verbunden.

„Seit dem Knast habe ich einen dermaßen Haß auf dit ganze System hier, dermaßen Haß auf alles was rot ist oder links ist. Das hat sich so reingefressen, also das ist im Prinzip extrem.“

In diese Zeit fällt auch das Nachdenken darüber, wie man politisch wirksam werden kann, statt wegen sinnloser Gewaltakte ständig im Strafvollzug zu landen.

„Wir haben uns dann gemeinsam Gedanken gemacht: wir hätten das so machen sollen, das nicht so. Und die meisten waren eben der Auffassung, daß eben die ganze sinnlose Gewalt Blödsinn war. Weil wir damit das Gegenteil erreicht haben. Weil wir damit eben nichts erreicht haben. Die meisten waren dann eben der Meinung – bloß damals waren wir nicht soweit – wir hätten uns 84/85 schon hinsetzen sollen und wirklich irgendeine Organisation gründen sollen, die im Untergrund arbeitet, gegen den Staat oder so. Auf rechter Basis. Damit hätten wir mehr erreicht auf jeden Fall.“

Diese Äußerungen beschreiben gut den Übergang von zunehmend aggressiven Reaktionen der rechtsextremen Gruppierungen, die mit einer bestimmten Außenseiterrolle verbunden waren, hin zu einer bewußten politischen Zielsetzung, die sich gegen das politische System der DDR richtet und durch die Übernahme rechtsextremistischer Leitbilder charakterisiert wird. „Ansätze für politische und ideologische Konzeptionen sind seit 1988 vorhanden. Kern dieser Ansätze: Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1939, raus aus der NATO und dem Warschauer Pakt bei Sicherung voller Bewaffnung, Beseitigung der Herrschaftsverhältnisse in beiden deutschen Staaten“ (Prenzel 1990, S. 75). Seit 1988 sind offensichtlich in den Gruppierungen der Naziskins und Faschos alle wesentlichen Elemente eines rechtsextremistischen Weltbildes vorhanden: Ethnozentrismus, Antiliberalismus und Antikommunismus sowie das Leitbild einer deutschen Volksgemeinschaft bei gleichzeitiger Ablehnung eines demokratischen Staatsaufbaus. Zugleich beginnt das Bemühen um Anerkennung unter der Bevölkerung.¹¹

In dieser Zeit setzte zugleich eine verstärkte Ausreisewelle unter den Skinheads ein (sowohl durch den Versuch der Republikflucht als auch durch Stellen eines Ausreiseantrags). Diese Jugendlichen spielten nach ihrer Übersiedlung in die BRD oder nach Berlin-West eine wichtige Vermittlerrolle. „Gleichzeitig wurden über die Vermittlung ehemaliger DDR-Bürger Kontakte zu neofaschistischen Organisationen in der BRD, Berlin (West) und Neofaschisten in Ungarn geknüpft. Nachzuweisen sind die Nationalistische Front (NF), die NPD, die Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), ihre Nachfolgeorganisation Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschland (FAP), die nicht mehr existente Wehrsportgruppe Hoffmann sowie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Auslandsorganisation) (NSDAP, AO).“ (Erkenntnisse der Kriminalpolizei 1990, S. 2)

III. Parteienbildungen

Die Formierung der rechtsextremen Bewegung verläuft nach der Maueröffnung sehr schnell. Bereits am 16. November weist Schönhuber in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ darauf hin, daß es bald zur Bildung von Republikaner-Gruppen in der DDR kommen wird (Ködderitzsch 1990, S. 49). Spätestens seit Mitte Dezember treten rechtsextreme Gruppen auf der Leipziger Demonstration massiv und offen auf. Dabei finden sie tatkräftige Unterstützung durch rechtsextreme Parteien der BRD. Materialien der Republikaner, der NPD, der DVU, der FAP u.a.m. werden tonnenweise verteilt.¹² Nur wenig später, am 9. Februar, wird in Berlin-West im Schöneberger Rathaus der Landesverband Brandenburg gebildet. Auch hier beteiligen sich vor allem Jugendliche aus der DDR. Unter ihnen sind Mitglieder einer Gruppe, die sich am 3. Januar 1990 als „Berliner Anonyme Einheitsfront“ konstituiert hatte. Dieser Organisationsbildung war im April 1989 die Bildung eines Fußballfanclubs des BFC vorausgegangen. Die ca. 6 Mitglieder dieses Clubs wurden im Sommer 1989 verhaftet. Nach der Entlassung Ende 89 fand man sich wieder zusammen. Jetzt stießen neue Sympathisanten hinzu, so daß man sich nunmehr als Republikanernahe Organisation zusammenschloß.

Die Entwicklung Ende 1989, Anfang 1990 wird im Bericht des BDK wie folgt beschrieben: „Im Zusammenhang mit der Grenzöffnung kam es seit Ende 1989 zu einer Eskalation rechtsextremer Aktivitäten auf dem Territorium der ehemaligen DDR, die insbesondere durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung gegen Personen und Sachen gekennzeichnet waren. Darüberhinaus wuchs die Militanz rechtsextremer Gruppierungen gegen Ausländer und Objekte sowie Personen des linken Spektrums.“ (BDK-Tagung 1990, S. 29)

Derartige gewalttätige Aktionen richteten sich gegen Ausländerwohnheime, besetzte Häuser, gegen jüdische Friedhöfe u.a.m. Die Akteure sind vor allem Skinheads und, im Zusammenhang mit Fußballspielen, Gruppierungen der Hooligans.

Zugleich geht die Bildung rechtsextremer Parteien in der DDR im ersten Halbjahr 1990 schnell voran. Neben den Republikanern, die sehr bald im ganzen Gebiet der DDR Landes- und Kreisverbände gebildet haben, sind es vor allem die NPD, die DVU, die Ökologisch-Demokratische Partei und die Deutsche Alternative (DA), die sich organisatorisch in der DDR etablieren (Madloch 1990, S. 3 ff.). Offensichtlich vollzieht sich diese Organisation, wie auch oben geschildert, im Zurückgreifen auf vorher existente Gruppen und Netzwerke.

In meinen Untersuchungen zur Herausbildung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR vor und nach der Wende habe ich Mitglieder zweier rechtsextremer Gruppierungen in Berlin interviewt. Übereinstimmend ergab sich folgendes Bild: beide Gruppierungen hatten vor 89 mehrfach versucht, sich zu organisieren. Fast alle Mitglieder hatten ein- oder mehrmals Freiheitsstrafen verbüßt und befanden sich auch zur

Zeit der Wende im Strafvollzug. Um die Jahreswende 89/90 auf Bewährung entlassen, fanden sie sich sofort zusammen und gehörten zu den Akteuren rechtsextremer Parteienbildung.

Dieser Prozeß soll im folgenden am Beispiel der „Nationalen Alternative“ (im folgenden NA) gezeigt werden. Am 1. Februar 1990 versammeln sich sechs Personen in einer Privatwohnung, um die Partei „Nationale Alternative“ zu gründen. Fast alle der Anwesenden gehörten 1988 zur „Bewegung 30. Januar“. Die Gründungsversammlung verlief reibungslos, Programm und Satzung wurden einstimmig angenommen und ein Gründungsvorstand gewählt. Das Programm der NA formuliert als politische Ziele der Partei: Herstellung der deutschen Einheit bis 1995; Schaffung eines blockfreien Deutschlands; eine auf die Förderung des Klein- und Mittelstandes orientierte Volkswirtschaft; Zuzugsbegrenzung für Ausländer; Offenhalten der Grenzfragen etc. Die Eintragung ins Parteienregister verläuft ohne Schwierigkeiten. Im März 1990 ist die NA eine offiziell registrierte Partei.

Unterstützung bei der Vorbereitung des Gründungsparteitags und der Formulierung des Programms erfolgte vor allem durch die „Nationale Liste“.¹³ Ein Mitglied des Vorstandes der NA beschreibt die Bedeutung dieser Unterstützung:

„Einer von uns hatte die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen. Er war schon länger aus dem Knast. Er kam dann an und hat die Idee gebracht. . . . Sonst wären wir vielleicht auch eine Gruppe gewesen bloß. So ist es eine Partei geworden. Wir waren uns sofort einig, daß wir eine Partei machen wollen. Aktion, Bewegung . . . , das hatten wir hinter uns. Die von der Nationalen Liste haben uns unterstützt bei Programm und Satzung, haben uns ein paar Tips gegeben. Ich meine, einfach aus dem Stegreif ein Parteiprogramm aufzubauen, das hatte keiner von uns drauf.“

Die Partei bewegt sich im neonazistischen Parteienspektrum und erfährt von hier intensive Unterstützung. Die ideologischen Vorbilder werden hier geprägt.¹⁴ Das wird auch in einem Interview bestätigt:

„Es gibt innerhalb der NA so verschiedene Flügel, so mehr zu Strasser oder mehr zu Röhm. Ich selber gehöre zu keinem Flügel. Die NA hat sich da auch nirgendwo festgelegt. Ich meine, das ist irgendwo die Linie des Nationalsozialismus eben. Also innerhalb des Parteilebens gibt es da keine Auseinandersetzungen. Im Privatleben ja, also so beim Bier. Der eine, der ist eben der totale SS-Fetischist . . . , der andere hat wieder den Kampfgeist der SA mehr im Blut. Und da gibts denn eben ganze Streitereien.“

Ebenso wurde die Struktur der Partei weitgehend durch die Partner aus der BRD beeinflusst. Der Aufbau der NA ist eindeutig zentralistisch. Der Vorstand entscheidet über politische Aktivitäten, Debatten innerhalb der Mitgliedschaft werden abgelehnt.

„Der Vorstand ist das wichtigste. Also Entscheidungen werden generell im Vorstand getroffen und dann bekanntgegeben und dann ist gut. Daß die Basis das Recht hat, bestimmte Entscheidungen zu kontrollieren, das gibt es nicht. Wenn Parteimitglieder nicht einverstanden sind mit einer Entscheidung, müssen sie sich überlegen, was sie machen. Entweder sie verlassen die Partei oder sie schließen sich dem an. Von Demokratie oder Parlamentarismus, wo man lange hin und her debattiert und im Endeffekt nichts rauskommt, halte ich nichts. Das ist eine

Erfahrung, die uns andere mit auf den Weg gegeben haben. Daß wir es so machen sollen.“

Diese Angaben weisen auf ein spezifisches Politikverständnis, das durch Ablehnung von Demokratie und auf Orientierung an autoritären Leitbildern charakterisiert ist.

IV. Neue Konfliktlagen und Widersprüche

Fast alle von mir interviewten Probanden fanden im ersten Halbjahr 1990 keine Arbeit. Dafür war nicht nur der beginnende Einstellungsstopp in vielen Betrieben ausschlaggebend, sondern auch ihre fehlende berufliche Qualifikation und ihr Vorbestraftsein. Diese Jugendlichen, die sich als Opfer des alten Systems verstanden, erlebten nun, daß ihnen trotz Wende in der DDR der Zugang zu wichtigen Lebensbereichen weiterhin versperrt blieb, und daß sie – entgegen allen Hoffnungen – auf eine breite Gegenreaktion in der Öffentlichkeit stießen. Daß sich in der Summe dieser Erfahrungen der Haß auf „alles Linke“ und ihre rechtsextremen Einstellungen als manifest erwiesen, scheint ein folgerichtiges Produkt ihrer Sozialisation in der DDR.

Was aber veranlaßte den massenhaften Zulauf von Jugendlichen der Altersgruppe der 14- bis 18jährigen zum rechtsextremen Parteienumfeld in der Zeit nach der Wende, ein Zulauf, der bis zum Sommer 90 deutlich sichtbar war? Diese Frage ist noch nicht hinreichend zu beantworten. Hier sollen jedoch einige Überlegungen angestellt werden.

Die jetzt 14- bis 18jährigen scheinen eine zweite Generation von Jugendlichen zu sein, die sich an Leitbildern rechter Jugendkulturen orientieren, ohne daß sie deshalb bereits über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Ihre Entwicklung weist im Vergleich zu der der über 18- bzw. 20jährigen einige Unterschiede auf. So scheinen sie die kurze Phase der Identifikation mit den offiziellen gesellschaftlichen bzw. politischen Zielen des Staates nicht mehr erlebt zu haben. Ihre Vorgänger identifizierten sich nach eigenen Angaben bis etwa zum 14. Lebensjahr mit den gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten. Die Jüngeren haben offensichtlich viel früher die Kluft zwischen alltagsweltlicher Erfahrung und schulischer und politischer Sozialisation bewußt erlebt, so daß bei ihnen die drängende und krisenhafte Suche nach soziokultureller und politischer Identität bereits in einer Lebensphase dominant war, in der in der Regel gerade erst die Ablösung von sozialen Bindungen der Kindheit beginnt.

In der Umbruchsphase, wie sie 89/90 begann, boten die jugendkulturellen Gruppierungen nicht nur die Möglichkeit sozialer, sondern auch politischer Integration. In einer gesellschaftlichen Umbruchsphase und einer Atmosphäre allgemeiner Politisierung waren die Jugendkulturen eine anziehende Variante selbständiger politischer Verortung für diese Heranwachsenden. In der Zeit zwischen Herbst 89 und Sommer 90 waren die Jugendkulturen m.E. keine Rückzugskulturen, sondern bildeten ein jeweiliges Sympathieumfeld für diese oder jene politische Richtung.

Dieser Prozeß fand allerdings mit der schnellen Institutionalisierung der Parteienlandschaft und ihrem Festschreiben auf traditionelle Politikfelder ein jähes Ende, und die Anziehungskraft der Parteien erlosch für diese Jugendlichen.

Im rechtsextremen Spektrum verschärfte sich diese allgemeine Tendenz durch den Führungsanspruch der Parteien und die Forderung nach disziplinierter Unterordnung. Am Beispiel der „Nationalen Alternative“ wird diese Entwicklung deutlich. Bis Ende September setzt sich die Mitgliedschaft der NA wie folgt zusammen: Von 500 Mitgliedern sind ca. 20 Prozent nur passive Mitglieder, weil Jugendliche unter 18 Jahren. „70,6% sind Jugendliche im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Die Nationale Alternative ermöglicht auch diesen Kameraden eine effektive Mitgliedschaft in politischen Schulungen, Zeltlagern und Kameradschaftsabenden. 7,4% der Mitglieder sind Kameraden im Alter über 30 Jahren. Um das einmal zu verdeutlichen, das älteste Mitglied unserer Partei die Nationale Alternative ist 65 Jahre alt. Diese Kameraden unterstützen uns in der politischen Arbeit mit ihren Erfahrungen und umfangreichem Wissen, das für unsere Arbeit von großer Bedeutung ist.“¹⁵ Im Oktober beginnt der Vorstand der „NA“ mit einer „Säuberungsaktion“. Im Interview wurde als Grund angegeben, daß sich viele der Mitglieder als nur passive Anhänger erwiesen hätten und keine Mitgliedsbeiträge entrichteten. Da sich darüberhinaus ein Teil von ihnen auch nicht um Arbeit und regelmäßiges Einkommen bemühte und sich den nötigen Unterhalt anderweitig „besorgte“, fürchtete der Vorstand um den Ruf der Partei und „säuberte“ die Reihen.¹⁶

Hinter dieser Aktion zur „Säuberung“ der Partei steht offensichtlich ein generelles Problem zwischen Organisation und sympathisierendem Umfeld. Von den Skinheads und Hooligans, die in Kontakt stehen zur NA, erweisen sich viele als zu wenig auf die „Gemeinschaft“ orientiert und wenig daran interessiert, sich der geforderten „konsequenten Parteidisziplin“ unterzuordnen.¹⁷

„Naja, versuchen tun wir es auf jeden Fall, daß es da ein bißchen gewaltloser abläuft. Aber das ist ein vergebliches Versuchen. Das Umfeld kannst du nicht unter Kontrolle halten, das ist einfach nicht drin. Sowa kann ich nur mit Leuten machen, die Mitglieder bei uns sind.“

Wieweit aus diesen Äußerungen aus der Führungsspitze der NA eine wirkliche Sorge spricht oder ob es hier lediglich um eine Rechtfertigung der NA geht, ist schwer einzuschätzen. Auf jeden Fall geht es nicht um eine Distanzierung von gewaltmäßigen Aktionen der jugendlichen Gruppierungen überhaupt.

„Ich muß sagen, was gegen die linken Häuser geht, stört mich absolut nicht. Was mich daran stört, daß das immer mit der NA in Verbindung gebracht wird. Die tun so, als ob sie nach dem Fußball zu uns kämen, ihre Marschbefehle abzuholen. Von denen läßt sich keiner leiten. Da kann man nicht sagen, du ordnest dich jetzt mir unter und marschierst dahin und stürmst dieses Haus.“

Das Kriterium der Bereitschaft zur „Unterordnung“ ist offensichtlich ein entscheidender Punkt, der den organisierten Teil der rechtsextremen

Bewegung vom Umfeld unterscheidet. Das Umfeld, das sich differenziert zwischen rechtsextrem orientierten Jugendlichen und solchen, die vor allem Anhänger einer rechten Jugendkultur sind, sympathisiert zwar mit den rechtsextremen Parteien, will sich aber nicht einordnen und gebrauchen lassen.¹⁸

Diese Differenzierung zwischen rechtsextremen Parteien und rechten Jugendkulturen ist m. E. von wesentlicher Bedeutung. Gerade die politische Sozialisation der heutigen Akteure der rechtsextremen Parteien in den neuen Bundesländern zeigt, daß eine rigide, die sozialen Konfliktlagen der Jugendlichen ignorierende gesellschaftliche Reaktion eher die Ausbildung einer rechtsextremen Weltanschauung fördert, als ihr entgegenwirkt. Angesichts der Konflikthaftigkeit der Lebensprozesse der Jugendlichen in der gegenwärtigen Umbruchphase wird die Berücksichtigung dieser Differenzierungen weitgehend mitentscheiden über die Entwicklung der Jugendlichen, die heute in rechte Jugendkulturen integriert sind.

Anmerkungen

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem „Gewalt-Symposium“ des AJK und der Initiative „Kriminologie und sozialer Wandel“ in Berlin im Mai 1991.

(1) Als Beispiel sei hier die Partei „Nationale Alternative“ genannt. Im Oktober 1990 waren über 70% der Mitglieder dieser Partei im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, nur 7% waren über 30 Jahre alt.

(2) Vgl. dazu Interview mit Bernd Wagner, Leiter der Staatsschutzabteilung vom Gemeinsamen Kriminalamt der neuen Bundesländer (GLKA) in der „Berliner Zeitung“ vom 6. 5. 1991.

(3) Über vereinzelt Mitgliedschaften oder gar aktive Mitwirkung von weiblichen Jugendlichen wurde erst nach der Wende etwas bekannt. In der Regel bleiben Mädchen aber außerhalb der eigentlichen Gruppe.

(4) Ergänzend zu diesen Motiven werden in einer Dokumentation des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der DDR genannt: schwindendes Ansehen des DDR-Bürgers im Ausland, da nicht im Besitz von Devisen; Ausgrenzung im Zugang zu hochwertigen Konsumgütern bei Nichtbesitz von Forumschecks. Weiter heißt es: „Den genannten Defiziten wurde ‚entgegengesetzt‘: Traditionen ‚deutscher‘ Arbeitsdisziplin . . . ; ‚deutsches Ansehen‘ in der Welt während der nationalsozialistischen Herrschaft; . . . ‚Rassenbewußtsein‘ und Ausländerfeindlichkeit; Eroberung der Welt auf den Spuren der faschistischen deutschen Armee; aggressiver Antikommunismus.“ Dokumentation der „Arbeitsgruppe zur Bekämpfung rechtsradikal motivierter Kriminalität und Selbstjustiz“ beim Ministerium für Innere Angelegenheiten der DDR, 28. Dezember 1989 (Prenzel, M., S. 75).

(5) In einer von mir 1984/85 durchgeführten Untersuchung unter 500 Lehrlingen in zwei Berliner Berufsschulen waren 50% mit dem zu erlernten Beruf unzufrieden bzw. hatten sich einen gänzlich anderen Ausbildungsberuf gewünscht.

(6) Auf diese Voraussetzungen verweist auch ein Bericht der Hauptabteilung Kriminalpolizei: „Längerfristig bestehende und gefestigte Gruppierungen begannen überbezirkliche Kontakte zu begründen“ (Erkenntnisse der Kriminalpolizei 1990).

(7) Diese Entwicklung von einer Freizeitclique im Wohngebiet zur Kerngruppe einer später organisierten Gruppe kann man mehrfach beobachten. Gleichzeitig erweitern sich die Kontakte der jugendkulturellen und organisierten Gruppierungen

gen seit 1987 auch über die Stadtbezirke hinaus. Ein Skinhead beschreibt diese Entwicklung: „Der Freundeskreis wuchs über ganz Berlin, bis ganz nach raus, Henningsdorf und Felten, Oranienburg. Also im Prinzip der ganze Großraum von Berlin“.

(8) „1988 begründeten Führungsmitglieder der ‚NA‘ die Bewegung ‚30. Januar‘, die durch Waffendelikte, Propagandastraftaten und gewalttätige Angriffe auf Ausländer kriminalpolizeilich bekannt wurden“ (BDK-Tagung 1990, S. 29f.).

(9) Diese Angaben zu den gruppeninternen Strukturen und den Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen erhielt ich in einem Experteninterview mit dem Leiter des Dezernats Extremismusbekämpfung beim Staatsschutz (Berlin-Ost), Bernd Wagner.

(10) Derselbe.

(11) „Seit 1988 grenzten sich die disziplinierten Teile der Skinheads und Faschos von ihrer zunächst eingenommenen Außenseiterrolle ab und vollzogen ideologisch und verhaltensmäßig einen Entwicklungsprozeß, der darauf abzielte, in der Bevölkerung sozial und politisch anerkannt zu werden“ (Erkenntnisse der Kriminalpolizei 1990, S. 2).

(12) In einem internen REP-Bericht v. 12. 1. 1990 heißt es: „Verteilaktion bei der Leipziger Montagsdemonstration für Wiedervereinigung am 8. 1. 90; Teilnehmer: ca. 15 Mitglieder aus Oberbayern und München; 95 Prozent der Demonstrationsteilnehmer zeigten sich begeistert, innerhalb einer Stunde waren 25000 Exemplare verschiedener Druckschriften verteilt“ (abgedruckt in: Emmerich 1990, S. 15).

(13) Die Partei „Nationale Liste“ wurde im März 1989 in Hamburg gegründet. Die Gründungsmitglieder gehören der FAP (Wulff, Sauer) und der „Deutschen Frauenfront“ (Ursula Worch) an. Die Partei versteht sich als „Partei des neuen Nationalismus“ und wendet sich vor allem gegen Ausländerzuzug und -integration.

(14) Im Bericht des BDK werden als Vorbilder Rudolf Hess, Ernst Röhm und die Gebrüder Strasser genannt. Hitlers „Mein Kampf“ würde in einigen Gruppierungen intensiv rezipiert (BDK-Tagung 1990, S. 30).

(15) Diese Angaben wurden als „Allgemeine Mitgliederstatistik der Nationalen Alternative“ auf meine Bitte hin angefertigt. Die kurz darauf erfolgte Schrumpfung der Mitgliederzahl auf 200 soll an diesen Relationen nichts verändert haben.

(16) Diese Begründung wurde im Interview gegeben.

(17) Dasselbst.

(18) Hier scheint es sich um ein Problem zu handeln, das auch für die rechtsextremen Parteien der alten Bundesrepublik und ihr Umfeld zutrifft. Auch sie haben große Schwierigkeiten, wenn sie aus den jugendkulturellen Gruppierungen Mitglieder gewinnen wollen (Heitmann/Löffelholz 1991).

Literatur

ASSHEUER, T./SARKOWICZ, H., Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990.

BDK-TAGUNG des Landesverbandes für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen: Lageeinschätzung zu Entwicklung, Charakter und Erscheinungsformen des Extremismus in den neuen Bundesländern, in: Tagungsmaterial des BDK zur Konferenz „Extremismus – Gegenwart und Ausblick“, 16. bis 17. November 1990 in Berlin.

EMMERICH, M., Hervorgekrochen aus der Geschichte, in: Volkszeitung vom 6. April 1990.

ERKENNTNISSE DER KRIMINALPOLIZEI zu rechtsextremen Gruppierungen junger Menschen. Hauptabt. Kriminalpolizei, unveröff. Bericht vom 20. 2. 1990.

HEITMANN, F./LÖFFELHOLZ, M., Rechte Tendenzen bei Fußballfans, Eine jugendliche Subkultur in der Risikogesellschaft, in: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, 1/1991.

KÖDDERITZSCH, P./MÜLLER, L. A., Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990.

MADLOCH, N., Rechtsextremismus in Ostberlin und in den Ländern der einstigen DDR, in: Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost, hrsg. v. MAGISTRATSVERWALTUNG FÜR JUGEND, FAMILIE UND SPORT, Berlin 1990.

PRENZEL, M., Im Rechtsschritt, marsch!, Berlin 1990.

SOZIALREPORT '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990.

Summary

The paper discusses the development of the extreme right in the former GDR. It tries to answer the question, why this political movement mainly consists of young people. Therefore the research focusses on the specific problems and conflictsituations of the youth – before and after the political change.

September 1991

Institut für Rechtswissenschaft
Projektgruppe Kriminologie
Otto-Nuschke-Str. 10/11
O-1086 Berlin